Neu im Mai:



Sebastian Haffners Monatslektüre

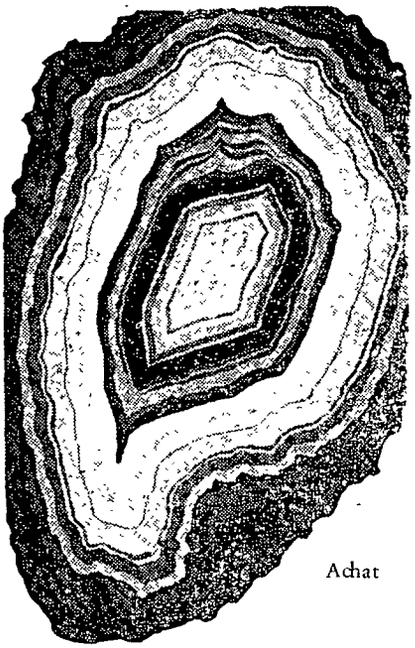
jetzt regelmäßig in konkret. Außerdem: Erich Kuby: Das Volk ist seine Presse wert. Walter Lippmann: Prognose für China. Gösta v. Uexküll: ... und Höcherl bleibt. Konkret-workshop: Peter Rühmkorf stellt junge Lyriker vor. Michael Luft: DDR intim. Jürgen Holtkamp: Putsch in Brasilien.

Und der illustrierte Sonderbericht:

Sind Vertriebene Nazis?

konkret

Eine Illustrierte für Interessierte



Achat

Lieben Sie Edelsteine?

Eine ganz besondere Note erhält Ihr Heim mit einem

EDELSTEINTISCH

einem wertvollen Schmuckstück von zeitloser Schönheit.

Tischplatte in Achat, Lapis Lazuli, Amethyst u. a. eingelegt 40 × 60 cm DM 360,—.

Edelsteinverarbeitung GmbH.
78 Freiburg im Breisgau
Karlstraße 67, Telefon 46 630

brauchbare Lösung, oder halten Sie den Plan des Uno-Generalsekretärs U Thant, Zypern eine Kantonalverfassung nach Schweizer Vorbild zu geben, für besser?

PAPANDREOU: Das ist Unsinn, weil eine solche Lösung zu einem dauernden Bürgerkrieg führen würde. Wenn wir ein solches Prinzip anwenden wollten, dann würde eine solche Trennung der Volksgruppen bei vielen Staaten Anwendung finden müssen, auch bei der Türkei, wo es eine kleine griechische Minderheit gibt.

SPIEGEL: Die Zypern-Griechen befürworten eine Auswanderung der Türken, falls sich die türkische Minderheit nicht den Wünschen der griechischen Majorität fügen will. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

PAPANDREOU: Die Zypern-Türken haben gar keinen Anlaß auszuwandern. Wir wünschen vielmehr, daß sie bleiben und als rechtschaffene Bürger weiterleben, wie sie dort viele Jahrhunderte lang gelebt haben und — davon sind wir überzeugt — auch weiterhin leben können.

SPIEGEL: Falls aber ein entsprechendes Abkommen geschlossen wird?

PAPANDREOU: Dann kann die Zahlung einer Entschädigung erwogen werden. Wer von den Türken bleiben will, wird durch ein internationales Abkommen sichergestellt, wer es vorzieht auszuwandern, wird entschädigt.

SPIEGEL: Was hält die griechische Regierung für die beste Lösung der Zypern-Frage?

PAPANDREOU: Griechenland verlangt absolut nichts von Zypern. Es hat keine eigennützigen Absichten. Die Inselbevölkerung besteht zu 80 Prozent aus Griechen, zu 18 Prozent aus Türken und zu zwei Prozent aus Angehörigen anderer Nationalitäten ...

SPIEGEL: Die Begriffe „Zypern-Staat" und „Zypern-Bürger" wirken manchmal etwas künstlich, denn jeder Zypriot griechischer Abstammung, der nach Athen kommt, verwandelt sich sofort in einen echten Griechen.

PAPANDREOU: Auf Zypern mag er sich in der Fremde wähnen, hier fühlt er sich sofort wie ein einheimischer Bürger.

SPIEGEL: Und was folgern Sie daraus?

PAPANDREOU: Wir verlangen für Zypern lediglich die Anwendung demokratischer Spielregeln. Das Grundgesetz der Demokratie besagt, daß die Mehrheit regiert. Auf Zypern ist jedoch das Gegenteil der Fall. Die Minderheit, die 18 Prozent Türken, regiert dort, weil sie über das Veto-Recht verfügt. Unter Ausnutzung dieses Veto-Rechts diktiert die türkische Minderheit ihren Willen und hindert die griechische Mehrheit an der Verabschiedung wichtiger Gesetze.

SPIEGEL: Was Sie heute tadeln, beruht auf den Verträgen von Zürich und London, durch die Zypern seine Unabhängigkeit und seine heutige Verfassung erhielt. Diese Verträge wurden sowohl von der türkischen als auch von der griechischen Regierung unterzeichnet.

PAPANDREOU: Das ist wahr. Da diese Abkommen jedoch in sich unlogisch sind, haben sie zu dem heutigen Konflikt geführt.

SPIEGEL: Worin liegt diese Unlogik?

PAPANDREOU: Daß eine kleine Minderheit kraft ihres Vetos herrscht. Das

DER ZYPERN-KONFLIKT

hat den Vereinten Nationen eine neue Last aufgebürdet. Seit Ende März tun auf der vom Bürgerkrieg gepeinigten Insel Uno-Blauhelme Dienst – bisher freilich mit so geringem Erfolg, daß Griechenlands Ministerpräsident Papandreou im Gespräch mit dem SPIEGEL für eine Erweiterung der Uno-Vollmachten eintrat.

Am 4. März hatte der Weltsicherheitsrat beschlossen,

- eine Uno-Friedensstreitmacht für die Dauer von drei Monaten auf Zypern zu stationieren und
- einen Vermittler zu ernennen, der in Zusammenarbeit mit den Vertretern der griechischen und der türkischen Volksgruppe Zyperns sowie den Regierungen von Zypern, Griechenland, Großbritannien und der Türkei eine Änderung der Zypern-Verfassung sowie der Zypern-Verträge vorbereiten soll.

Die Uno-Streitmacht bestand zunächst aus 7000 britischen und 1000 kanadischen Soldaten. Die Zahl der Briten wurde erheblich vermindert, als irische, schwedische, österreichische und finnische Kontingente eintrafen. Der Befehlshaber der jetzt 6300 Mann starken Uno-Streitmacht, der indische Generalleutnant Prem Singh Gyani, zuvor jahrelang Chef der Uno-Truppen im Gaza-Streifen (Palästina), wurde von Uno-Generalsekretär U Thant mit geringen Vollmachten ausgestattet.

Gyanis Truppen dürfen nur zur Selbstverteidigung schießen. Sie haben nicht das Recht, Zwangsmaßnahmen gegen die irregulären Kampftrupps der beiden Volksgruppen zu ergreifen, und dürfen sie nur in Notwehr entwaffnen. Die Kämpfe auf Zypern gehen deshalb gleichsam unter Uno-Aufsicht weiter. Der britische Labour-Führer Wilson nannte das „kontrollierten Völkermord".

Der von der Uno bestellte Vermittler, der finnische Diplomat Sakari Tuomioja, sieht sich ebenso wie General Gyani vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Den Hellenen erscheint die Vereinigung Zyperns mit Griechenland, wie Premier Papandreou dem SPIEGEL bestätigte, als die beste Lösung; die Türken streben eine Teilung der Insel an.

Beides verbieten die Verträge von Zürich und London aus dem Jahre 1959, denen Zypern seine heutige Verfassung und seine Unabhängigkeit verdankt. Verfassung und Verträge müssen revidiert werden – wie Griechenlands Regierungschef hofft, durch eine Volksabstimmung auf Zypern nach langer Uno-Besetzung.